

Inhalt

Digitale Resilienz fürs Publikum.....	3
Mit Vollgas in den Untergang?.....	3
Stressfaktoren werden mehr.....	3
Die Branche braucht journalistische Pioniere.....	4
Wertvoll für die Öffentlichkeit.....	4
RT-Verbot vom EuGH bestätigt.....	4
Reform von ARD und ZDF: Profiliert in die Zukunft.....	4
Datenspeicherung: Verzicht gefordert.....	4
Aktiv in Sachen Transparenz.....	5
Übermedien: Klage „erfolgreich verloren“.....	5
Keine Datenhehlerei mit den Medien.....	5
Richtung stimmt, Lücken bleiben.....	6
„Feindeslisten“ sind strafbar.....	6
Hellseherei statt Journalismus.....	6
Stadtportale: Der Gesamtcharakter zählt.....	6
Interview-Absage in der Haft nicht rechtens.....	6
Faktenchecks in eigener Sache.....	7
Modulbox zum Thema „Krieg und Medien“.....	7

Neuer Name – gleiches Kürzel“	7
Qualität persönlich.....	7
Qualität zum Nachlesen.....	7
Zitiert: Qualität in aller Munde.....	8
Qualitätstreffs: Tagungen und Termine.....	8

Digitale Resilienz fürs Publikum

Gestresst, überfordert, ausgepowert: Mediennutzer/innen nähern sich nach zwei Jahren der Berichterstattung über Covid, Krisen und Kriege einer Nachrichtenmüdigkeit bis hin zum „News Burn-out“. Das ermittelte das Institut Digitale Resilienz von IQ-Partner „Vocer“ in Verbindung mit Forsa. Letztlich könnten sich Mediennutzer/innen ganz von der Berichterstattung abwenden. Ein Dilemma für die Medien: Mit der durchaus notwendigen Berichterstattung über solche Ereignisse vergrämen sie ihr Publikum. Die Forscher raten zum Dialog mit ihm, zum Verzicht auf Sensationslust oder Schwarz-Weiß-Darstellung sowie zur Vertrauensbildung durch distanzierte Recherchen und die Trennung von Nachricht und Meinung. Dem Publikum selbst empfiehlt das „enorm Magazin“ eine gewisse „Medienhygiene“: Pausen im Medienkonsum, Verzicht auf Push-Nachrichten, verträgliches Zeitfenster für Mediennutzung – und öfter einfach mal offline sein.

Weitere Informationen: Zur Vocer-[Studie](#); [Beitrag](#) in der „Süddeutschen“ (paid); [„Medienhygiene“](#) des enorm-Magazins

Kontakt: Dr. Leif [Kramp](#), Prof. Dr. Stephan [Weichert](#) (Vocer-Autoren); Jan [Scheper](#), enorm-Redaktionsleiter

Mit Vollgas in den Untergang?

Den Umgang der Medien mit der Gaskrise kritisiert Autor René Martens für „Übermedien“. Er konstatiert „Untergangsszenarien“ und „Gruselfaszination“ zum Beispiel durch den Vergleich mit dem Nachkriegswinter 1946/47 und zitiert [Peter Lindner](#) vom neuen „[Bonn Institute](#) für Journalismus und konstruktiven Dialog“. Lindner befürchtet, dass sich Menschen durch solche Berichterstattung „immer mehr vom Nachrichtengeschehen abwenden“. [Tobias Rothmund](#), Professor für Kommunikations- und Medienpsychologie an der Uni Jena, hält allerdings auch nichts davon, eine Bedrohungslage zu negieren. Er rät zu vermitteln, wie Einzelne sie auf individueller Ebene bewältigen können.

Weitere Informationen: [Beitrag](#) in „Übermedien“

Kontakt: René [Martens](#), Autor

Stressfaktoren werden mehr

Das ergibt kein gutes Bild vom Journalismus. Die Otto-Brenner-Stiftung hat Journalist:innen zur Transformation der Medien befragt und die Ergebnisse unter dem Titel „Arbeitsdruck – Anpassung – Ausstieg“ veröffentlicht. Die Autoren um Prof. Dr. Burkhard Schmidt (Fresenius, Heidelberg) befragten dazu 20 Journalistinnen und Journalisten qualitativ und ergänzten dies um eine Online-Umfrage, an der sich 161 Medienleute beteiligten. Einige Ergebnisse: Digitaler Wandel, ökonomische Krise und Vertrauensverlust bilden zusätzliche Stressfaktoren in einem ohnehin anstrengenden Berufsleben. Zunehmende Arbeitsverdichtung und -belastung führen zu Defiziten in der Berichterstattung, die wiederum mitverantwortlich sind für eine erkennbare Vertrauenskrise. Die Mehrheit der Befragten konstatiert einen Qualitäts- und Bedeutungsverlust im Journalismus, will aber zugleich mit individuellen Strategien die eigenen Ansprüche weiterhin umsetzen. Dabei zeigt sich ein deutliches Festhalten am journalistischen Beruf und seinen Idealen, auch wenn die Mehrheit schon gelegentlich daran denkt, den Journalismus zu verlassen.

Weitere Informationen: [Studie](#) (pdf)

Kontakt: Prof. Dr. Burkhard [Schmidt](#), Mitautor

Die Branche braucht journalistische Pioniere

Frischer Wind, neue Ideen, alternative Projekte: Die Forschungsgruppe „Pionierjournalismus“ untersucht solche neuen Produkte und Formate mit ihren Arbeitsweisen und Finanzierungsformen. Über einige erste Erkenntnisse und journalistische Initiativen [berichtet](#) Bärbel Röben in M. Menschen machen Medien.

Weitere Informationen: [Forschungsprojekt](#)
Kontakt: Prof. Dr. Andreas [Hepp](#), Projektleiter, Uni Bremen

Wertvoll für die Öffentlichkeit

Die Landesmedienanstalten haben ihre Public-Value-Satzung gemäß Medienstaatsvertrag erarbeitet. Sie sichert entsprechend bewerteten Sendern eine bessere Auffindbarkeit auf den Benutzeroberflächen. Kriterien dafür sind die Leistungen zur Meinungsbildung und Orientierung. Zugleich sollen sie Anreiz für Programmanbieter sein, in entsprechende Qualität zu investieren.

Weitere Informationen: Public-Value-[Satzung](#) (pdf)
Kontakt: Dr. Thorsten [Schmiege](#), BLM-Präsident und Koordinator

RT-Verbot vom EuGH bestätigt

Die EU darf die Ausstrahlung russischer Staatsmedien zeitweise verbieten. Dies entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) und bestätigte damit einen breiten Spielraum bei den Sanktionen gegen Russland und seine Propaganda. Die EU-Kommission hatte Ende Februar, gefolgt vom Rat der EU, das Verbot von RT (früher: Russia Today) und Sputnik im europäischen Raum entschieden; das betrifft die Verbreitung via Kabel, Satellit und Internet. Kommissionschefin Ursula von der Leyen will damit gegen die „toxischen Lügen“ der Staatssender vorgehen. Die Kommission greift auf diese Weise zum ersten Mal so drastisch in die Presse- und Meinungsfreiheit ein, und das wird nicht überall gutgeheißen. Zwar verurteilten sie die Propagandafunktion und Falschdarstellungen der betroffenen Sender, doch kritisierten einzelne EU-Politiker/innen wie Petra Kammerevert (SPD) diese Entscheidung, und auch „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) wandte sich scharf gegen den politischen Eingriff in die Medien, bei dem Nachteile und Nutzen in keinem adäquaten Verhältnis stünden.

Weitere Informationen: [Urteil](#) EuGH; [Beitrag](#) in der taz; [Kommentar](#) Petra Kammerevert; ROG-[Pressemitteilung](#)
Kontakt: Petra [Kammerevert](#) (MdEP); Christian [Mühr](#), ROG-Geschäftsführer

Reform von ARD und ZDF: Profiliert in die Zukunft?

Nach jahrelangen Verhandlungen haben sich die Ministerpräsidenten auf ein Reformkonzept für ARD und ZDF geeinigt. Demnach können die Sender ihre Online-Angebote ausbauen und somit jenseits des linearen Programms attraktiver für ihre Nutzer/innen werden. Ihren Unterhaltungsanteil müssten die Sender stärker in Richtung des öffentlich-rechtlichen Markenkerns profilieren. Die Spartensender können erhalten bleiben, wobei über deren Ausspielwege die Anstalten selbst entscheiden. Zudem sollen sie die Aufsichtsgremien stärken. Der neue Staatsvertrag wird nun von der Rundfunkkommission ausgearbeitet und muss von allen Länderparlamenten bestätigt werden. Erst danach kann er in Kraft treten.

Weitere Informationen: [Synopsis](#) zu geplanten Neuregelungen
Kontakt: Heike [Raab](#), Medienstaatssekretärin Rheinland-Pfalz

Datenspeicherung: Verzicht gefordert

Für die endgültige Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung haben sich verschiedene (Medien-)Verbände erneut in einem Offenen Brief an Innenministerin Nancy Faeser und die Landesinnenminister eingesetzt. Die Organisationen verweisen auf diverse Gerichtsentscheidungen, die diese Speicherung für

rechtswidrig erklärt haben, und erneuern ihr Bedenken, dass eine derartige anlasslose „Massenüberwachung“ mit den Werten einer offenen Gesellschaft unvereinbar sei.

Weitere Informationen: [Offener Brief](#) (pdf)
Kontakt: Hendrik [Zörner](#), DJV-Pressesprecher

Aktiv in Sachen Transparenz

Für ein neues Transparenzgesetz haben sich verschiedene Organisationen der Zivilgesellschaft, darunter das Netzwerk Recherche, stark gemacht. Mit diesem Reformvorschlag soll das Informationsfreiheitsgesetz ergänzt werden. Dieses garantiert einen Informationsanspruch der Bürger/innen gegenüber Behörden, während das Transparenzgesetz weitergehend eine Pflicht von Verwaltung und Unternehmen formuliert, Informationen proaktiv zu veröffentlichen. Der DJV plant, zusammen mit anderen Medienorganisationen einen Entwurf für ein Bundespresseauskunftsgesetz vorzulegen. Es soll verhindern, dass Bundesbehörden Medienanfragen auf die lange Bank schieben, um sich vor Auskünften zu drücken. Hintergrund war die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg (Az.: OVG 6 B 1/21), nach der es über Hintergrundgespräche von Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel nach deren Ausscheiden keine Informationen mehr gebe. Der „Tagesspiegel“ hatte bereits seit 2016 entsprechende Auskünfte eingefordert. Erfolgreich war das Blatt indes mit der Anforderung interner Aufzeichnungen aus dem Bundeskanzleramt von fünf Bund-Länder-Konferenzen zu Corona: Das Verwaltungsgericht Berlin bestätigte das Anrecht auf Offenlegung (Az.: VG 2 K 155/21).

Weitere Informationen: [Vorschlag](#) Transparenzgesetz; [Pressemitteilung](#); DJV-[Pressemitteilung](#)
Kontakt: Dr. Manfred [Redelfs](#), Netzwerk Recherche, Hendrik [Zörner](#), DJV

Übermedien: Klage „erfolgreich verloren“

Auch gegenüber Landesmedienanstalten haben Journalist:innen einen Informationsanspruch gemäß Informationsfreiheitsgesetz. Dies wurde in einem Verfahren deutlich, das „Übermedien“ und „Frag den Staat“ gegen die Bremische Landesmedienanstalt initiiert hatten. Sie wollten – weil sie Interessenkonflikte vermuteten – damit über Umstände zweier Podcast-Sendungen informiert werden, die Direktorin Cornelia Holsten in einem Berliner Studio der RTL-Gruppe produziert hatte. Das Bremer Verwaltungsgericht wies diese Klage zwar zurück, zumal es aufgrund persönlicher Kontakte keine vorzeigbaren schriftlichen Vereinbarungen über die Produktion gab. Es stellte aber im Laufe der Verhandlung fest, dass die Landesmedienanstalt auskunftspflichtig sei. Das Bundesverfassungsgericht indes erwies sich bei Auskünften in einer eigenen Sache als eher „maulfaul“ gegenüber der Bild-Zeitung, wie die [FAZ](#) [notierte](#) und das Verwaltungsgericht Karlsruhe (Az. 4 K 233/22) [monierte](#).

Weitere Informationen: Übermedien-[Bericht](#)
Kontakt: Boris [Rosenkranz](#), Übermedien

Keine Datenhehlerei mit den Medien

Journalist:innen machen sich nicht strafbar, wenn sie geleakte Daten entgegennemen. Das stellte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe klar. Hintergrund war eine Klage aus dem Jahr 2017 gegen den Datenhehlerei-Paragrafen 202d StGB, an der sich unter anderem Reporter ohne Grenzen (ROG) und netzpolitik.org beteiligt hatten. Die Organisationen befürchteten Unsicherheiten bei Whistleblowern und Medien – trotz einer Ausnahmeregelung für Medienschaffende. Diese bezog sich allerdings ausdrücklich auch auf Auswertung und Veröffentlichung. Das Verfassungsgericht nahm die Klage zwar nicht zur Entscheidung an, billigte den Journalist:innen in der Begründung aber selbst dann Straffreiheit zu, wenn die entgegengenommenen Daten letztlich nicht ausgewertet oder veröffentlicht werden. Die klagenden Organisationen fordern nun entsprechende Präzisierungen vom Gesetzgeber.

Weitere Informationen: [ROG-Mitteilung](#)
Kontakt: Christian [Mihl](#), ROG-Geschäftsführer

Richtung stimmt, Lücken bleiben

Ein Schritt in die richtige Richtung, aber „noch immer unzureichend“ – so lautet das Urteil von Medienverbänden über den Kabinettsentwurf zum Schutz von Hinweisgeber:innen. Journalismus sei auf Whistleblower angewiesen. Diese müssten geschützt werden – unabhängig davon, welchen Gesetzesverstoß sie aufdeckten. Annegret Falter, Vorsitzende des Whistleblower-Netzwerks, sieht vor allem noch Lücken in jenen Fällen, wo es um mögliche Missstände in Behörden und Regierungen gehe.

Weitere Informationen: [Beitrag](#) im Deutschlandfunk
Kontakt: Annegret [Falter](#), Whistleblower-Netzwerk

„Feindeslisten“ sind strafbar

Journalistinnen und Journalisten können sich nun auch per Strafrecht wehren, wenn ihre Namen und/oder Adressen auf sogenannten Feindeslisten auftauchen. Diese entstammen meistens der rechtsradikalen oder Verschwörungsszene und sind darauf gerichtet, politische Gegner zu bedrohen. Der neue Paragraph 126a stellt „gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten“ unter Strafe. Es drohen Freiheitsentzug bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe.

Weitere Informationen: [Paragraf 126a](#) im Wortlaut
Kontakt: Dr. Stephanie [Krüger](#), Leiterin BMJ-Pressereferat

Hellseherei statt Journalismus

„Süße Zwillinge“ fürs britische Königshaus: „Echo der Frau“ berief sich bei dieser Schlagzeile auf eine Hellseherin und kassierte dafür eine Rüge vom Deutschen Presserat. „Top Agrar“ verließ sich auf eine Lobby-Mitteilung über angebliches Verbraucherverhalten und verstieß damit ebenfalls gegen den Pressekodex. Und die „Siegener Zeitung“ berichtete im Zusammenhang mit der Nachfrage nach Jodtabletten unrichtig über Dosierung und Einnahme dieser Medikamente – nur drei Beispiele aus sieben öffentlichen Rügen, die IQ-Partner Deutscher Presserat in seiner Sitzung vor der Sommerpause erteilte; er hatte über 88 Beschwerden zu entscheiden.

Weitere Informationen: [Pressemitteilung](#)
Kontakt: Sonja [Volkmann-Schluck](#), Pressesprecherin

Stadtportale: Der Gesamtcharakter zählt

Der Bundesgerichtshof hat die Revision des Dortmunder Verlegers Lensing-Wolff im Verfahren gegen die Stadt Dortmund und ihr Internetportal dortmund.de zurückgewiesen (Az. I ZR 97/21). Das Portal, dem Lensing-Wolff vorwarf, die Grenzen einer zulässigen kommunalen Berichterstattung zu überschreiten, verstoße nicht gegen die Staatsferne der Presse und sei auch nicht geeignet, die Institutsgarantie der freien Presse zu gefährden. Dabei zähle der Gesamtcharakter, und den habe das Berufungsgericht zutreffend zugunsten des Portals beurteilt.

Weitere Informationen: [Pressemitteilung](#) des Bundesgerichtshofs
Kontakt: Dr. Kai [Hamdorf](#), Leiter der BGH-Pressestelle

Interview-Absage in der Haft nicht rechtens

Inhaftierten darf während ihrer Haft ein Presse-Interview nicht allein deshalb untersagt werden, weil dies die Resozialisierung erschweren könne. Das hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entschieden und damit das Recht des Klägers auf Meinungsfreiheit gestärkt (Az. 2 BvR 784/21). Anlass bot die Interview-Anfrage eines WDR-Journalisten, die von der Anstaltsleitung nach entsprechendem Votum einer Psychologin abgelehnt wurde. Mögliche negative Folgen müssten gegen das Recht auf Meinungsfreiheit abgewogen werden.

Weitere Informationen: [Entscheidung](#) des Bundesverfassungsgerichts und [Pressemitteilung](#)
Kontakt: Jonas [Helmbach](#), BVerfG-Pressesprecher

Faktenchecks in eigener Sache

Wer kontrolliert die Kontrolleure? Das Recherchezentrum Correctiv fordert mehr Transparenz bei den Faktencheckern und möchte europaweite Standards durchsetzen. Bisher werde die Qualität von Faktencheckern nicht geprüft. Correctiv verweist auf die Standards des „International Fact-Checking Network“. Ein europäischer Kodex sollte allerdings noch höhere Maßstäbe formulieren.

Weitere Informationen: Correctiv-[Forderung](#); [International Fact-Checking Network](#)
Kontakt: Florian [Löffler](#), Correctiv-Projektleiter

Modulbox zum Thema „Krieg und Medien“

Nicht nur für Medienpädagog:innen und Lehrkräfte interessant: die neue Modulbox „Krieg und Medien“, die die Grimme-Akademie im Auftrag des Dachverbands der Volkshochschulen herausgegeben hat. Sie will im Umgang mit Desinformation und Propaganda schulen und ergänzt entsprechendes Kursmaterial, das bereits 2018 zum Thema „Hate Speak und Fake News“ im verbandseigenen MedienkulturCampus veröffentlicht wurde.

Weitere Informationen: [MedienkulturCampus](#)
Kontakt: Lars [Gräßer](#), Grimme-Institut; Sarah [Trinkewitz](#), MedienkulturCampus

Neuer Name – gleiches Kürzel

Der Verband Deutscher Lokalzeitungen (VDL) hat sich bei gleichem Kürzel umbenannt in Verband Deutscher Lokalmedien. Damit will er der Medienentwicklung Rechnung tragen und sich neuen Mitgliedern öffnen.

Weitere Informationen: Über den [VDL](#)
Kontakt: Martin [Wieske](#), VDL-Geschäftsführer

Qualität zum Nachlesen

Lea **Busch**/Lothar **Mikos**: [Der politische Klimadiskurs](#). Köln: Halem-Verlag, 2022

Matthias **Daniel**/Stephan **Weichert** (Hg.): [Resilienter Journalismus](#). Wie wir den öffentlichen Diskurs widerstandsfähiger machen. Köln: Halem-Verlag, 2022

Marcus **Maurer**/Carsten **Reinemann**/Simon **Kruschinski**: [Einseitig, unkritisch, regierungsnah?](#) Eine empirische Studie zur Qualität der journalistischen Berichterstattung über die Corona-Pandemie. Hamburg: Rudolf-Augstein-Stiftung, 2022

Marlis **Prinzing**: [Medien und die Ukraine](#): Grenzen zum Kriegsaktivismus scheinen fließend. In: Meedia, 2022

Reuters Institute: [Digital News Report](#) 2022 (pdf, englisch); [Ergebnisse](#) in Kurzfassung; Ergebnisse für [Deutschland](#)

Frank **Überall**: [„Wie die Presse sich aufführt“](#). Die Darstellung des Journalismus in der Bestseller-Literatur. Berlin/Münster: Lit-Verlag, 2022

Zitiert: Qualität in aller Munde

„Journalismus lebt von Qualität. Und Qualität lebt davon, dass sie auch honoriert wird.“
Digitalminister Volker Wissing auf dem BDZV-Digitalkongress #beBeta in Berlin

„Die Sparrunden der Verlage in der Vergangenheit haben unverhältnismäßig stark die Redaktionen getroffen und dazu geführt, dass zum Beispiel das Netz der Lokalredaktionen immer mehr ausgedünnt wurde. Das war ein Fehler, denn die Leserinnen und Leser merken genau, ob wir vor Ort präsent sind oder nicht. Die Nähe zu den Lebenswelten der Leserinnen und Lesern ist ein Faktor, der über den Erfolg eines Mediums entscheidet.“

Funke-Verlegerin Julia Becker auf dem [European Publishing Congress](#) in Wien

„Wir können uns sicher darauf einigen, dass zu dieser Haltung gehört, die Demokratie stützen und erhalten zu wollen. Wenn der Journalismus das nicht tut, sägt er sich den Ast ab, auf dem er sitzt. (...) Wenn die Pressefreiheit schwindet, wenn es sie nicht mehr gibt, gibt es auch keinen Journalismus mehr. Dann gibt es nur noch Propaganda, dazu braucht man keine Haltung.“

Journalismus-Dozentin Prof. Dr. Alexandra Borchardt beim [LPR-Forum Medienzukunft](#) in Frankfurt am Main

„Wer die Welt den Schwurblern und Algorithmen überlässt, wird zwingend zum Schluss kommen, dass die ganze Welt so tickt wie man selbst. Und dass die Dinge, die man ‚herausgefunden‘ hat, tatsächlich so sind, weil alle weiteren Videos, die man da empfohlen bekommt, einen darin bestätigen. Deshalb braucht es freie Presse, öffentlich-rechtliche Medien und Seiten wie ‚Correctiv‘ oder das Science Media Center.“

TV-Moderator Eckart von Hirschhausen im Gespräch mit der „teleschau“

„Wir brauchen auch in Zukunft starke öffentlich-rechtliche Sender, die ihrem Auftrag konsequent und auf hohem Niveau nachkommen können.“

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beim Festakt zum 30. Jubiläum des MDR

- 26. August in Marl: Verleihung [Grimme](#)-Preis
- 2. - 6. September in Berlin: [IFA](#) Internationale Funkausstellung
- 12./13. September in Berlin: [BDZV-Kongress](#)
- 13./14. September aus Köln: [Deutscher Fernsehpreis](#) (digital)
- 17. September in Wittenberge: [Besser online](#) 2022
- 21./22. September in Potsdam: [Lokal-TV-Kongress](#)
- 22. September in Köln: Grimme-Kongress [Medienqualität](#)
- 22./23. September aus Berlin: [Kommunikationskongress](#) 2022 (hybrid)
- 23. September in Düsseldorf: Verleihung [LfM-Audiopreis](#)
- 25./26. September in Eisenstadt/A: [L 100](#) – Führungskräfte im Lokaljournalismus
- 26./27. September in Berlin: [Kommunikationskongress](#) 2022
- 28. - 30. September in Saragossa: [World News Media](#) Congress
- 29. September in Stuttgart: ARD/ZDF-[Journalismusforum](#) 2022
- 30. September/1. Oktober in Hamburg: [Jahreskonferenz Netzwerk Recherche](#)
- 18. - 20. Oktober in München: [Medientage München](#)
- 19. - 23. Oktober in Frankfurt/M.: Frankfurter [Buchmesse](#)
- 20. Oktober in Straßburg: [European Anti-Slapp-Conference](#)

Weitere Infos und frühere Rundmails unter
www.initiative-qualitaet.de

IQ ist ein auf Kooperation ausgerichtetes ideelles Netzwerk, das keine kommerziellen Interessen verfolgt. Im Verteiler der zweimonatlichen Rundmail befinden sich Mailadresse von Teilnehmer/innen unserer IQ-Herbstforen, von Vertreter/innen der Partnerorganisationen sowie von Interessenten, die den Newsletter abonniert haben. Diese Daten werden selbstverständlich nicht an Dritte weitergegeben und nur für den Versand der Rundmail genutzt.

Wenn Sie zusätzliche Informationen über IQ erhalten wollen oder jemanden kennen, die/der sich für IQ interessiert bzw. die Rundmail abonnieren möchte, melden Sie sich bitte per Mail.

Falls Sie künftig auf die IQ-Rundmail verzichten möchten, genügt ebenfalls eine kurze Nachricht. Kontakt: IQ-Sprecherin Ulrike Kaiser, info@ulrike-kaiser.de, c/o IQ, Bannauerstraße 60, 53115 Bonn, Tel. +49 228 2017218